

## **Presseerklärung der Bürgerinitiative „pro ZOB“ zum Gespräch mit Bürgermeister Haberbosch am 8.11.2019**

Am vergangenen Freitag trafen sich Vertreter der Bürgerinitiative „pro ZOB“ mit Bürgermeister Haberbosch zu einem Gespräch über die Planungen der Stadt Lübbecke zum Projekt „Westertor“. In dem gut dreistündigen Gespräch wurden die unterschiedlichen Aspekte intensiv ausgetauscht und diskutiert.

Ausgangspunkt des Gesprächs war die Absicht der Stadt und des Investors, im Zuge der Realisierung des Projekts den bestehenden ZOB abzureißen und durch Haltestellen am Niederwall zu ersetzen. Auf die Frage, wie an den geplanten acht Haltestellen zukünftig die neun Busse, die derzeit maximal zeitgleich den ZOB anfahren, untergebracht werden können, erklärte Bürgermeister Haberbosch, dass zukünftig nicht mehr alle Linien den ZOB anfahren müssten. Damit wird nach Erkenntnis der Bürgerinitiative das bewährte Konzept, die Linien am ZOB untereinander zu verknüpfen und damit direkte Umstiege in einer autofreien Zone zu ermöglichen, verhindert. Auch gab der Bürgermeister zu, dass der bestehende ZOB besser sei als die neu geplanten Haltestellen. Diese deutliche Verschlechterung des ÖPNV-Angebots „sei der Preis für das Westertor“, so Haberbosch. Eine Verkehrswende im ländlichen Raum sieht Bürgermeister Haberbosch nicht. Daher laufen alle Verkehrsplanungen der Verwaltung auf Grundlage der momentanen Ist-Situation des ÖPNV.

Die Vertreter der Bürgerinitiative betonten stattdessen, dass diese Planung den Erfordernissen einer anstehenden Verkehrswende entgegen steht. Eine Ausweitung des ZOB müsse ermöglicht werden, da ein zukünftig zu erwartendes erhöhtes Fahrten- und Linienangebot in den Verknüpfungspunkt mit einbezogen werden müsse. Andernfalls wären Nachfolgekosten zu erwarten. Die verkehrspolitischen Argumente von „pro ZOB“ verdeutlichen zugleich, dass es bei dieser Frage nicht um die partiellen Interessen der Anwohner geht, sondern um die zukünftige Ausrichtung der Stadt in Bezug auf eine klimaverträgliche Verkehrsentwicklung.

Angesprochen auf die entstehende unübersichtliche und damit Gefährdungen erzeugende Situation am Niederwall durch die Koppelung von Bussteigen, Fußgängerüberwegen, Fahrradstreifen und Autofahrspuren antwortete der Bürgermeister, dass die Detailplanungen nach Recht und Gesetz vorgenommen werden sowie wörtlich: „Ich kann die Scheindiskussion über die Gefährlichkeit der Straßen nicht mehr hören“.

Im Gespräch wiederholte der Bürgermeister auf Nachfrage auch, dass die vorgesehene Maximalparkzeit auf dem neu zu bauenden Parkplatz auf dem jetzigen ZOB lediglich 60 Minuten betragen wird und die Parkdauer von der Verwaltung kontrolliert werden soll. Unter diesen Parkbedingungen ist die Bürgerinitiative davon überzeugt, dass man nicht mehr von einem Frequenzbringer für die gesamte Innenstadt sprechen kann. Ein längerer Einkaufsbummel erzwingt einen Parkplatzwechsel.

Die Bürgerinitiative „proZOB“ muss somit feststellen, dass den Preis für das Westertor zum Einen die Schüler und Fahrgäste des ÖPNV zu bezahlen haben. Dazu kommt, dass die Planung auf einem ca. 15 Jahre alten Einzelhandelskonzept für die Innenstadt beruht, welches heute überholt und nicht mehr zukunftsfähig ist.

Zum Anderen wird die Bürgergesellschaft insgesamt einen Preis zu zahlen haben, da weder frühzeitig noch adäquat auf die Klimaentwicklung in der Verkehrsplanung reagiert wird.

Den Vorschlag der Bürgerinitiative, den ZOB alternativ auf den Gänsemarkt zu verlegen, lehnte der Bürgermeister mit Verweis auf die dazu benötigte Zeit für die dann erneut erforderliche Bauleitplanung ab. Die Vertreter der Bürgerinitiative machten deutlich, dass eine Neuplanung eines ZOB die Bauarbeiten am Westertor nicht hinauszögern müssen. Die ablehnende Haltung seitens des Bürgermeisters bedauert die Bürgerinitiative sehr, da sie auf mehr Flexibilität und Kompromissbereitschaft seitens aller Beteiligten gehofft hat.

Lübbecke, den 11.11.2019

Für die BI: Uwe Hartmeier